

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1330
Birostraße Riesa Nr. 52.

Nr. 54.

Freitag, 5. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; selbsterklärende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Absatz erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abtätige Anzeigenbelegungen, „Erzähler an der Elbe“, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Völkerverwanderung nach Genf.

Die Außenminister aller europäischen Staaten werden in den nächsten Tagen die Hauptstädte ihrer Länder verlassen, um sich zur Völkerverwanderung nach Genf zu begeben. Als erster hat der polnische Außenminister Strzyński die Reise von Warschau über Berlin—Paris nach Genf angetreten. Strzyński wird in Paris sofort eine Konferenz mit Briand haben. Die beiden Minister werden sich noch einmal grundlegend über die politische Forderung auf Aufteilung eines Katzißes nach den letzten diplomatischen Erörterungen zwischen Paris, London und Berlin unterhalten. Briand selbst wird die Reise nicht, wie bisher, im Auto unternehmen, sondern die Gelegenheit benutzen, auf der Hinreise nach Genf mit dem englischen Außenminister Chamberlain, der einen kurzen Aufenthalt in Paris zu beabsichtigen scheint, und dem belgischen Außenminister Vandervelde ebenfalls über die bevorstehenden Entscheidungen in Genf zu sprechen. Dieser privaten Aussprache wird in politischen Kreisen sehr große Bedeutung zugemessen. Ostzitiell ist bisher über einen Bericht Bolens auf seinen Anspruch nichts bekannt geworden. Es wird also von den Gegenleistungen Englands und Frankreichs abhängen, ob Polen bei den Genfer Verhandlungen Schwierigkeiten bereiten wird oder nicht. Der Optimismus über eine schnelle Gungung ist in Pariser Regierungskreisen nicht sehr stark, zumal die polnischen Forderungen sowohl von den tschechoslowakischen Außenminister und Völkerverwanderter Bolens und dem Vertreter Italiens Scialoja unterstützt werden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Dr. Beneš, der augenblicklich bei der österreichischen Regierung weilt, um über eine engere Zusammenarbeit der Prager und Wiener Regierung zu sprechen, gemeinsam mit dem österreichischen Bundeskanzler die Reise unternehmen wird. Dr. Beneš beabsichtigt, bei der Annahmeverhandlung eine Begründungsanfrage für Deutschland zu stellen. Die Aufschlüsselung Deutsch-Oesterreichs in Deutschland steht im Vordergrund aller politischen Erörterungen zwischen den Staaten der kleinen Entente. Auch Italien hat für diese Frage in der letzten Zeit ein großes Interesse bewiesen. So soll der Besuch des jugoslawischen Außenministers Rintischki ebenfalls im Zusammenhang mit der Aufschlüsselung und einer eventuellen Umgestaltung der kleinen Entente stehen. Wie argwöhnisch man in Paris diesen Erörterungen Italiens mit dem Balkanstaaten gegenüber steht, erleiht man aus den Pressekommentaren über die Reise Rintischkis nach Paris. Die französische Regierung hat alle Hände voll zu tun, um die verschiedenen Interessen der deutschen Randstaaten an Süden, Südosten und Osten den französischen Interessen unterzuordnen. Seitdem die finanzielle Unterstützung Frankreichs an die Staaten der kleinen Entente infolge der steigenden Inflation langsamer zu fließen begann, wissen die jugoslawischen dieser Staaten durch politische Verpflichtungen erkannt werden. Frankreich wird zur Erhaltung der politischen Freundschaft wahrscheinlich auf der kommenden Tagung darauf bestehen müssen, daß früher oder später Polen ein Katziß zugestanden wird. Die Unterhaltung Briands und Chamberlains mit dem spanischen Völkerverwanderter Anguano dürfte kaum vor Sonntag stattfinden können. Wenn bis dahin eine Regelung mit Polen bereits erzielt sein sollte, wird es nicht schwer sein, auf Spanien von der Notwendigkeit des Verzichts auf einen Katziß zu überzeugen.

Besprechungen über Völkerverwanderfragen.

Paris. Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte gestern vormittag mit Briand eine Unterredung, in der Fragen erörtert wurden, die mit dem Verlaufe der bevorstehenden Tagung des Völkerverwanderter in Verbindung stehen. Von französischer Seite verlautet ergänzend, daß der deutsche Botschafter erneut die Auffassung der Reichsregierung in der Frage der Vermehrung der Katzißfrage darlegte. Dem Besuche des deutschen Botschafters kann umso größere Bedeutung beigemessen werden, als heute vormittag der polnische Außenminister Strzyński in Paris eintrifft und sofort von Briand empfangen wird. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Graf Strzyński sich der Nähe eines Annahmes nach Genf über Paris unterzog, da er beabsichtige, dem französischen Ministerpräsidenten vor dem am Sonntag in Genf zusammen tretenden Konferenz über die Ansprüche Bolens auf einen Katziß ein im Völkerverwanderter erneut aufzuklären. Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich ferner auf Besprechungen Rintischkis mit Briand. Der jugoslawische Außenminister hatte gestern eine zweite Unterredung mit Briand. Für morgen ist eine weitere Begegnung in Aussicht genommen. Beide Außenminister haben durch ihre

Die nächsten Aufgaben der deutschen Wirtschaft.

Eine Reichsanzlerrede vor der Presse.

vda. Berlin. Am letzten Tage vor seiner Abreise nach Genf nahm Reichsanzler Dr. Luther gestern Gelegenheit, auf einem Empfangsabend des Berliner Vereines der auswärtigen Presse in längerer Ausführungen die nächsten Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Der Reichsanzler warf zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik seit der Markstabilisierung; er kennzeichnete die große Bedeutung der Dames-Gehelgebäude und der vorjährigen Volks- und Stenographen für das deutsche Wirtschaftsleben und ging dann zu den Problemen der Gegenwart über.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverwanderter solle der Ausgangspunkt werden, von dem aus Deutschland im Dienste der Gesamtentwicklung der Welt jene Stellung wiedergewinnt, die ihm als natürliche Eigenschaft seiner Größe und Bedeutung zukommt. Der jetzige Abschnitt der deutschen Regierbarkeit sei völlig beherrscht von dem Entschluß, zielbewusste Wirtschaftspolitik zu treiben.

Die Preisentwicklungspolitik der Regierung sei keineswegs erfolglos gewesen. Wenn noch immer eine Ueberpreispanne zwischen dem Erzeuger- und Verbraucherpreis besteht, so sei die Hauptursache dafür die Ueberhebung des deutschen Wirtschaftslebens nicht für den wirtschaftlichen Ablauf nicht notwendige Zwischenstellen. Neben der Arbeit an einer Verminderung dieser Zwischenstellen sei die Befestigung der Geschäftsaufficht eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung der Volkswirtschaft. Die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise sei zum Teil nicht der Ausdruck eines Gesundungsprozesses, sondern beruhe auch auf ausländischen Vorgängen, besonders auf künstlicher Inflation, Verbilligung und Inflationspreisverhältnissen im Ausland. Gleichwohl habe die jetzige Krise einen großen Teil der innerlich nicht gefundenen wirtschaftlichen Unternehmungen hinweggeräumt. Die von der Regierung angelegte Senkung jener Steuern, die die Entlastung der Wirtschaft hemmen, sei eine unerlässliche Notwendigkeit. Der Erfolg dieser Maßnahme soll nicht nur der unmittelbare einer Verminderung der Lasten der Wirtschaft sein, vielmehr ist es ebenso wichtig, das Tragbild einer immer wieder zu neuen Aufgaben anreizenden angelegten Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verbände zu befestigen. Sehr erwünscht wäre zunächst die Befestigung der Reallohnern der Länder und Gemeinden, die die Wirtschaft am meisten belasten. Der Aufbau des Reiches läßt aber ein schnelles und durchgreifendes Handeln der Reichsregierung in dieser Richtung nicht zu. Das Reich kann schnelle und wirksame Entlastungen nur bei den von ihm selbst erhobenen Steuern vornehmen und darum tritt jetzt ganz von selbst die Umfassener in den Vordergrund. Der ganze Steuerentlastungsplan der Regierung steht mit Bewußtsein auf die Karte einer Besserung der Wirtschaft. Wir müssen aber dieses Bagnis lauten, denn gutgefüllte öffentliche Kassen nützen nichts, wenn dabei die Wirtschaft immer weiter zurück-

geht. Nicht der Staat trägt die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat.

Die Steuerentlastung muß bewahrt werden, damit das Eigenleben der Wirtschaft in neuen Schwung kommt. Der Standpunkt der Reichsregierung ist durchaus kein leichtfertiger Optimismus, aber er wird freilich getragen von einem Glauben an die deutsche Kraft, ohne den fähigste deutsche Politik überhaupt nicht gemacht werden kann.

Die Reichsregierung begnügt sich aber nicht mit Steuerentlastungsmaßnahmen, sondern hat sich auch zu Schritten positiver Wirtschaftsförderung in gewissem Umfange entschlossen. Dazu gehören die Verhandlungen über den sogenannten Russenkredit und die Bekämpfung der Wiedergewinnung unseres natürlichen Rohstoffabgabebereiches. Dem Geldmangel der Eisenbahn, der zur Zurückhaltung von Besetzungen geführt hat, will die Regierung durch Kreditgewährung behelfen.

Unter dem Gesichtspunkt der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollen auch weiterhin einige Sondergebiete bevorzugt behandelt werden, die für das politische Gesamtdeutschlands besonders wesentlich sind. Dazu gehören Handelsflotten und Werften, zu deren Förderung die noch vorhandenen Mittel aus dem Reberbereich für Neubauten auf deutschen Werften noch im Frühjahr dieses Jahres hergegeben werden sollen.

Ferner soll die ländliche Ziedlung besonders für die volksarmen Teile des Ostens härter betrieben werden. Aus sozialpolitischen Gründen muß weiter dem Wohnungsbau eine besondere Fürsorge zugeführt werden. Im Vordergrund steht dabei die Erleichterung der Aufnahme langfristiger Anpothekentzichte.

Von größter Bedeutung sind endlich die Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Der Kredit der Golddiskontbank ist hier weitgehend vorangegangen. Der Düngemittelbezug ist auch durch weitere Maßnahmen gefördert worden. Die unerlässliche Beeinflussung der Roggenpreise ist in Vorbereitung. Alle diese Maßnahmen kosten Geld und sind deshalb neben der Steuerentlastung nur in begrenztem Umfange möglich. Die Kritik kann nur dann nützliche Arbeit leisten, wenn sie erkennt, daß nicht weiche Auffassungen der gleichen oder veränderten leitender Persönlichkeiten den Ablauf des Geschehens bestimmen, sondern, daß es innere Gründe sind, die uns von einer Politik, die in der Hauptsache auf den Schutz der Währung gerichtet sein mußte, nunmehr zu dem jetzigen Zustand der Dinge geführt haben, in dem Erhaltung und Belebung der Wirtschaft unser politisches Handeln bestimmen.

Unveränderlich bleibt aber immer, daß alle unsere Arbeit nichts anderes bedeutet als Dienst am deutschen Staat und an der deutschen Kultur zum Nutzen von Vaterland und Volk.

Die Kanzlerrede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

gemeinsame Reise nach Genf Gelegenheit, ihre Aussprache bis zum letzten Augenblick fortzusetzen.

Die französischen Blätter, darunter der „Temps“, begründen die Unterredung Briands mit Rintischki mit dem Hinweis auf die bevorstehende Tagung in Genf. Es versteht sich indes von selbst, daß auch andere Fragen, darunter hauptsächlich die Annäherung zwischen Italien und Jugoslawen Gegenstand der Aussprache bilden und der jugoslawische Außenminister es nicht unterlassen hat, ausführlich die Ziele dieser Annäherung darzulegen. Die Befestigung, daß die jugoslawisch-italienische Uebererimmung eine Spitze gegen die kleine Entente enthalte, erweist sich nach dem Eingeklärtens der Blätter als unbegründet. Dementierend schlägt die Presse einen freundlicheren Ton an und beglückwünscht Rintischki zu dem Erfolg seiner Bestrebungen. Es wird behauptet, daß die Erklärung des jugoslawischen Außenministers, nach der die italienisch-jugoslawische Zusammenarbeit vornehmlich auf Unterbindung eines österreichischen Anschlusses an Deutschland hinausläuft, die Zustimmung der französischen Regierung gefunden habe.

Heute Abreise der deutschen Delegation.

Berlin. (Funknach.) Wie wir von ausländischer Seite erfahren, wird die deutsche Delegation noch heute abend nach Genf abreisen.

Zur Frage der Fürstenabfindung.

vda. Berlin. Reichsanzler Dr. Luther hat die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Besprechung über die Frage der Fürstenabfindung auf heute vormittag 10 1/2 Uhr nach der Reichsanzelei eingeladen. An der Besprechung nehmen teil: Vom Zentrum die Abg. v. Gierard und Schulte, von der Deutschen Volkspartei die Abg. Dr. Kahl, Dr. Wunderlich und Dr. Scholz, von den Demokraten die Abg. Koch-Weser und Freiberger v. Nidtholzen und von der Vaterländischen Volkspartei die Abg. Lecht und Dr. Pfeiffer. Der Rechtsausschuß des Reichstages wird die Verhandlungen in der Frage der Fürstenabfindung am Dienstag, den 6. März, wieder aufnehmen. Beim Vorhanden des Ausschusses ist bereits ein Vermittlungsvorschlag des

Zentrums eingegangen, wonach das Sondergericht bestehen soll aus dem Reichsgerichtspräsidenten als Vorsitzenden und 8 Beisitzern und zwar 4 Juristen und 4 Laien. Wie aus Kreisen des Ausschusses hören, erhebt die Annahme dieses Vorschlags als gesichert.

Ueber die Faltung der Parteien zur Einleitung des Volksbegehrens erlahen wir noch, daß sich die Demokratische Reichstagsfraktion am Donnerstag abend ebenfalls mit der Frage der Fürstenabfindung und dem Volksbegehren beschäftigte. Sie bezieht sich eine endgültige Stellungnahme bis zum Abschluß der Besprechungen beim Reichsanzler vor. — Die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, die im Reichstag die Wirtschaftliche Vereinigung vertreten wird, fordert ihre Mitglieder auf, sich nicht in die Rufe für das Volksbegehren einzutragen.

Stapellauf.

Samburg. (Funknach.) Das vierte der fünf von der Londoner Reederei Fournes White and Co. bei der Deutschen Werft A.-G. in Altrahagen geordneten Jahntaufenden Tonnen-Doppelschrauben-Motorische „Japanese Prince“ ist heute morgen glücklich vom Stapel gelassen worden.

Parole: Zuhause bleiben!

1) Berlin. Ueber das Volksbegehren zur Fürstenabfindung veröffentlicht die deutschnationale Reichstagsfraktion folgende Erklärung:

Diesmal heißt die Parole: Zuhause bleiben! Lasse sich niemand durch Mahnungen sozialdemokratischer Behörden und Parteiführer betreiben. Die Eintragung in die von gestern ab ausstehenden Listen für das Volksbegehren ist nicht wie die Teilnahme an den Wahlen staatsbürgerliche und nationale Pflicht. Wer sich in diesen Listen einträgt, schließt sich dem aus klaren Fürstentum und bolschewistischer Feindschaft gegen das Eigentum geborenen Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten an. Es ist selbstverständlich, daß jeder unabhängige und rechtliche Deutsche, der an Treue und Dankbarkeit schätzt und der das Eigentum gegen Rechtsbruch und Sozialisierung schützen will, diesen Listen fernbleibe. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, daß sie selbst hierauf handeln und daß sie für weitere Aufklärung sorgen. Keine Unterschrift dem bolschewistischen Volksbegehren!